

Baselbieter Landrätin fordert ein Ende der Präsenzpflcht – Hochschule kontert

Krise an Nordwestschweizer PH Die Pädagogische Hochschule hat ein technisches Desaster zu verantworten, der Ruf ist nicht der beste. Nun wird im Baselbiet eine brisante Forderung laut.

Simon Bordier

Aufhebung der Präsenzpflcht, keine Höchstgrenze bei der Zahl der Kursteilnehmer: Der bildungspolitische Verein Starke Schule beider Basel fordert eine «grundsätzliche Änderung» im Umgang der Pädagogischen Hochschule FHNW mit ihren Studierenden.

Die Baselbieter Landrätin Anita Biedert (SVP) will der Forderung in Form eines parlamentarischen Vorstosses an den Regierungsrat Nachdruck verleihen, wie sie dieser Redaktion mitteilte.

Dies, nachdem es im Juli zu massiven technischen Problemen im Anmeldeverfahren an der Pädagogischen Hochschule (PH) gekommen war. Zudem haben Studierende grundsätzlich ihren Unmut darüber geäussert, wie Kurse belegt werden können – oder eben nicht.

Beschränkungen «nicht nachvollziehbar»

Dazu heisst es im Vorstoss: «Viele Studierende können gewünschte Kurse nicht belegen, was nicht selten zu einer Verlängerung der Studienzeit und damit zu höheren Ausbildungskosten führt.» Hintergrund sei, dass die PH oft eine «nicht nachvollziehbare Beschränkung der Höchstzahl von Kursen festlegt, obwohl zusätzlicher Platz vorhanden wäre».

Für Biedert und die Starke Schule besteht der Ausweg darin, jegliche Präsenzpflcht abzuschaffen. Kurse soll man auch online verfolgen können. Studierende hätten nämlich «das Anrecht, Kurse ihrer Wahl zu besuchen». In der Petition wird der Baselbieter Regierungsrat gebeten, mit den anderen Trägerkantonen das Gespräch zu suchen und auf eine entsprechende Änderung hinzuwirken.



Eine von Studierenden lancierte Umfrage zeigte eine grosse Unzufriedenheit an der Pädagogischen Hochschule auf. Archivfoto: Lucia Hunziker

Die PH-Leitung hält die Vorschläge derweil für keine gute Idee. «Dem Einsatz von hybriden Formaten steht die Hochschule eher kritisch gegenüber, weil damit weder die Vorteile von rein virtuellen noch von Präsenzveranstaltungen voll zum Tragen kommen können», schreibt der Hochschulsprecher Marc Fischer.

Die Entscheidung darüber, wie eine Lehrveranstaltung abgehalten werde, «sollte nach Möglichkeit nicht pauschal, sondern immer spezifisch gefällt werden». Entsprechend wäre eine allgemeine Befreiung vom Obligatorium aus Sicht der PH nicht zielführend. Eine Präsenzpflcht müsse aber stets gut begründet werden, so Fischer.

Beim Verein Starke Schule hält man an den Forderungen fest. Die Studierenden müssten am Ende eines Kurses eine Prüfung ablegen und dann beweisen, dass sie den Stoffinhalt gelernt und verstanden hätten, erklärt Vorstandsmitglied Jürg Wiedemann. Ob sie den Stoffinhalt online lernten oder im Kurs physisch anwesend seien, dürfe keine Rolle spielen. Die Studierenden seien erwachsene Personen. «Entscheidend ist einzig, dass sie den Stoff am Ende des Kurses beherrschen.»

Dass die Ausbildungsqualität leiden könnte, wenn Studierende Kurse aus der Ferne verfolgen können, glaubt Wiedemann nicht. Im Gegenteil: «Ohne Präsenzpflcht der Studierenden sind die Dozierenden gezwungen, quali-

tativ gute, interessante und lehrreiche Vorlesungen zu halten, weil sonst viele Studierende verständlicherweise den Stoffinhalt auf andere Art lernen.»

«Wir wollen ein verlässliches Belegungstool»

Bei der PH liegt der Fokus derzeit auf dem Anmeldeverfahren, das im Juli versagt hat. «Was wir bieten müssen und wollen, ist ein verlässliches Belegungstool», betont Hochschulsprecher Fischer. Wie viel Flexibilität dieses bieten solle, werde derzeit analysiert.

Er versichert: Jemand, der Vollzeit studiere, könne sein Bachelorstudium schon heute in drei Jahren abschliessen. Jemand, der neben dem Studium noch anderen Verpflichtungen nachkom-

men müsse, studiere länger. «Das wird wohl immer so bleiben.»

Die Regierungen der vier Trägerkantone Baselland, Basel-Stadt, Aargau und Solothurn haben sich im August «besorgt» gezeigt über den Missmut der Pädagogik-Studierenden. Direkt eingreifen wollen die Bildungsdirektionen aber nicht. Sie weisen auf die Kantonsparlamente, die sich mit dem Leistungsauftrag 2025 bis 2028 beschäftigen. Und letztlich trage die Leitung der FHNW die Gesamtverantwortung für die Qualität der Leistungen.

Dass eine Studierendengruppe das direkte Gespräch mit PH-Direktor Guido McCombie gesucht habe, erachte man aber als richtig. Diese Gespräche sollen diesen Herbst fortgeführt werden.